

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Henke (AfD)

und

Antwort

des Thüringer Ministeriums für Inneres und Kommunales

Personelle Ausstattung der Landes- und Bereitschaftspolizei

Die **Kleine Anfrage 2481** vom 30. August 2017 hat folgenden Wortlaut:

Die Thüringer Polizei ist nach meiner Auffassung personell nicht optimal für eine konstant hohe oder gar steigende Einsatzbelastung ausgestattet. Für eine langfristige Erhöhung der Polizeipräsenz in der Öffentlichkeit ist daher eine substantielle Erhöhung der Polizeianwärterzahlen unumgänglich.

Ich frage die Landesregierung:

Welche Kosten würden sich für den Freistaat Thüringen bei einer zukünftigen Ausbildung von 300 Polizeianwärtern pro Ausbildungsjahrgang ergeben hinsichtlich der voraussichtlichen Kosten aufgelistet nach den folgenden Unterpunkten:

- a) Bauinvestitionen (Ausbau der Polizeibildungseinrichtung in Meiningen, Bewirtschaftung von Grundstücken und Räumen);
- b) Mehreinstellung von Lehrkräften bei der Polizeibildungseinrichtung in Meiningen beziehungsweise Abordnung/Zuversetzung von Polizeibeamten als Trainer beziehungsweise Ausbilder;
- c) Gesamtkosten des Ausbildungsentgelts
(bitte auch das prognostizierte Verhältnis zwischen mittlerem und gehobenem Dienst auführen)?

Das **Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 20. Oktober 2017 wie folgt beantwortet:

Zu a :

Für die Sanierung des Hauses 1 zu einem Unterkunftsgebäude am Standort des Bildungszentrums in Meiningen werden gegenwärtig vom Thüringer Landesamt für Bau und Verkehr die Entwurfs- und Ausführungsplanungen erstellt. Der voraussichtliche Kostenrahmen beträgt circa 5,4 Millionen Euro. Die Fertigstellung ist im Jahr 2020 geplant.

Im nächsten Doppelhaushalt ist die Erneuerung der zentralen Heizungsanlage auf der Brennstoffbasis von Holzhackschnitzeln mit Kosten von 2.641.000 Euro geplant. Gegenwärtig wird außerdem vom Landesamt für Bau und Verkehr ein Konzept für den mittel- bis langfristigen Ausbau der Wohnheimsituation erstellt.

Diese Investitionen erfolgen unabhängig von der Zahl der Polizeianwärter in der Liegenschaft.

Aufgrund der langwierigen komplexen Planungsprozesse von neu zu veranschlagenden Baumaßnahmen sind diese nicht geeignet, um auf einen kurzfristig entstehenden Personalmehrbedarf und deren Unterbringung zu reagieren. Dem müsste mit einer kurzfristigen Bereitstellung von zusätzlich 100 Unterbringungsplätzen auf dem freien Wohnungsmarkt von Meiningen begegnet werden. Insoweit werden jährliche Kosten von circa 250.000 Euro erwartet.

Zu b:

Derzeit prüft das TMIK im Rahmen der beabsichtigten Modernisierung der Thüringer Landesverwaltung eine mögliche Fusion der polizeilichen Bildungseinrichtungen. Unter anderem ist hierbei eine Überprüfung der vorhandenen Organisation der beiden Bildungseinrichtungen erforderlich. Es wird jedoch angenommen, dass sich bei einer Fusion Synergien ergeben, welche bei erhöhten Einstellungszahlen zumindest in Teilen dem damit verbundenen Bedarf an Lehrpersonal gerecht werden.

Des Weiteren ist darauf hinzuweisen, dass die noch zu treffende Festlegung hinsichtlich der Anzahl der Anwärter mittlerer/gehobener Polizeivollzugsdienst Auswirkungen auf die Auswahl und Anforderungen an die Lehrkräfte hat.

Bildet man den Durchschnitt aus den pauschalen Gesamtjahresbezügen, die für die Besoldungsgruppen A 9 gehobener Dienst bis A 16 höherer Dienst zur Veranschlagung der Personalausgaben in den Haushaltsaufstellungsrichtlinien 2018/2019 vorgegeben werden, so ergäben sich für den gehobenen Dienst Jahresansätze von durchschnittlich 48.860 Euro und für den höheren Dienst von durchschnittlich 70.475 Euro.

Zu c:

Die Richtlinien für die Aufstellung der Haushaltsvoranschläge für die Haushaltsjahre 2018 und 2019 gehen zur Veranschlagung der Personalausgaben von folgenden pauschalen Gesamtjahresbezügen für Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst aus:

Anwärter im mittleren Dienst:	16.900 Euro
Anwärter im gehobenen Dienst:	17.000 Euro

Legt man diese pauschalierten Beträge zugrunde, variieren die Gesamtjahreskosten der Bezüge für 300 Anwärter, in Abhängigkeit von der noch zu treffenden Festlegung hinsichtlich der Anzahl der Anwärter mittlerer/gehobener Polizeivollzugsdienst, zwischen 5.070.000 Euro und 5.100.000 Euro.

Maier
Minister